

GASTKOMMENTARE

MEHR DEUTSCHES ENGAGEMENT IN SYRIEN?

Ehrlicher Makler

PRO

Martin Ferber,
»Augsburger Allgemeine«

Schlägt nun im Syrien-Konflikt die Stunde der Diplomaten? Nach den Luftangriffen auf Ziele des Assad-Regimes ist in den westlichen Hauptstädten der Ruf nach einer politischen Lösung unüberhörbar. Berlin und Paris haben bereits auf EU-Ebene eine gemeinsame Initiative gestartet, um den eingeforderten Friedensprozess wieder in Gang zu bringen. Doch die bittere Wahrheit ist: Diese Rufe werden ungehört verhallowen. Berlin alleine ist militärisch wie politisch zu schwach, um Einfluss auf die Konfliktparteien nehmen zu können. Und an Resolutionen des Sicherheitsrates herrscht schon jetzt kein Mangel. Das allerdings ist kein Grund zum Nichtstun und Wegschauen. Deutschland mag so lange keine aktive Rolle im Nahen Osten spielen, so lange die beiden Großmächte Russland und USA und die beiden regionalen Hegemonialmächte Türkei und Iran auf syrischem Boden ihren eigenen Interessen verfolgen und ihren Kampf um die Vormachtstellung austragen. Danach aber könnte Deutschland als „ehrlicher Makler“ gebraucht werden, da die Bundesregierung trotz aller Spannungen im Verhältnis zu Moskau, Washington, Ankara und Teheran noch immer über bewährte Kontakte und verlässliche Kanäle zu allen am Konflikt beteiligten Mächten verfügt. Diese mögen im Einzelfall schon mal besser gewesen sein, doch sie können genutzt werden, um in geduldiger diplomatischer Überzeugungsarbeit hinter den Kulissen an einer von allen akzeptierten Nachkriegsordnung zu arbeiten. Gerade weil Deutschland keine eigenen Interessen in der Region verfolgt und sich an den jüngsten Luftschlägen auch nicht beteiligt hat, könnte bald schon seine Stunde als Vermittler schlagen. Das ist im Augenblick sehr wenig, wohl wahr. Aber mehr als nichts.

Nicht überschätzen

CONTRA

Hans Monath,
»Der Tagesspiegel«,
Berlin

Zweimal haben Bundesregierungen in den vergangenen 15 Jahren Erfahrungen gesammelt, wie die Partner im Westen darauf reagierten, dass sich die Deutschen einem Militäreinsatz verweigerten: 2003 im Irakkrieg, 2011 bei den Luftangriffen gegen Gaddafis Regime in Libyen. Die Mehrheit der Deutschen begrüßte diese Haltung, aber sie hatte außenpolitische Kosten. Die wollte die Bundesregierung diesmal begrenzen und stützte die Luftangriffe auf Syrien zumindest verbal. Im Irak und in Libyen hatten die Kriegsführer versucht, sich auf UN-Beschlüsse zu berufen. Diesmal gab es keinen Beschluss des UN-Sicherheitsrats. Wegen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, das „Out of area“-Einsätze nur im UN- oder Nato-Rahmen erlaubt, hätte sich die Bundesregierung völkerrechtlich auf heikles Terrain begeben, wenn sie mitgebombt hätte. Das ändert nichts an der alten Regel, dass ein Partner, der militärisch arbeitet, nicht wenigen Einfluss auf die Politik der Handelnden hat. Es ist richtig und notwendig, dass Berlin nun alle Möglichkeiten austestet, eine politische Lösung für den Syrien-Konflikt auf den Weg zu bringen. Seit Jahren versucht die deutsche Diplomatie etwa, die Gegner Iran und Saudi-Arabien zu einer konstruktiveren Haltung zu bewegen, doch deren Verhältnis ist seit dem Krieg im Jemen vollends zerstört. Ansatzpunkte zum Anschließen eines politischen Prozesses könnten das deutsche Verhältnis zu Russland oder der Türkei bieten. Doch US-Präsident Trump ist ein unberechenbarer Partner ohne außenpolitische Strategie. Die EU, die das eigentlich ausgleichen müsste, findet nun nur schwer zu einer gemeinsamen Haltung. Deshalb sollte Berlin die eigenen Möglichkeiten nicht überschätzen.

→ Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Wadephul, die Große Koalition will zu einer „regelbasierten Weltordnung“ zurückkehren – das heißt, weniger Alleingänge, mehr internationale Kooperation. Waren die westlichen Luftschläge gegen Syrien hierfür ein geeigneter Beitrag?

Die Angriffe haben zumindest deutlich gemacht, dass die eklatante Verletzung von Völkerrecht durch den wiederholten Einsatz von Chemiewaffen nicht ohne Reaktion bleibt. Derartige Vergehen kann die Staatengemeinschaft nicht einfach hinnehmen. Wenn man eine regelbasierte Weltordnung wiederherstellen will – was absolut notwendig ist –, müssen jetzt aber weitere politische Schritte folgen.

Bundesaufßenminister Heiko Maas (SPD) zieht eine Lösung des Syriens-Konflikts auch ohne die Vereinten Nationen in Betracht. Wie passt das zusammen?

Ich habe ihn nicht so verstanden. Was er aus meiner Sicht meinte: Nach fast sieben Jahren Krieg mit Tausenden Toten und einer wiederholten Verletzung des Völkerrechts müssen wir feststellen, dass die UN bisher nicht in der Lage waren, eine politische Lösung herbeizuführen. Es hat zwölf Resolutionsentwürfe im UN-Sicherheitsrat gegeben, alle wurden durch Russland blockiert. Jetzt geht es darum, einen neuen diplomatischen Anlauf zu nehmen, damit die UN am Ende eine neue Ordnung in Syrien wiederherstellen können.

Deutschland hat sich militärisch bisher aus dem Syrien-Konflikt herausgehalten und verweist dabei auch auf ein fehlendes UN-Mandat. Ist diese Haltung noch vertretbar? Die Frage ist ja schon, wie der Westen zentrale Prinzipien wie das Chemiewaffenverbot verteidigen will, wenn der Weltsicherheitsrat blockiert ist.

Bislang war es richtig, sich militärisch nicht zu beteiligen. Wenn wir aber immer – vollkommen zu Recht – von einer größeren internationalen Verantwortung Deutschlands reden, müssen wir auch bereit und in der Lage sein, robuste militärische Antworten zu geben.

Die schließen einen Militäreinsatz in Syrien unter Beteiligung Deutschlands künftig nicht aus?

Das sollten wir nicht grundsätzlich ausschließen, zum Beispiel im Rahmen einer möglichen UN-Blauhelmtruppe. Wir können uns nicht immer darauf verlassen, dass die USA zusammen mit unseren engen europäischen Verbündeten Großbritannien und Frankreich handeln und wir das lediglich verbal begrüßen.

Die EU-Staaten wollen diese Woche in Brüssel zunächst einen neuen diplomatischen Anlauf starten. Ist die Lage nach den Luftschlägen tatsächlich das sprichwörtliche „Window of Opportunity“, also eine günstige Gelegenheit für neue Friedensgespräche?

Jede diplomatische Anstrengung lohnt. Wenn der französische Präsident Emmanuel Macron jetzt nach vorne geht, steht Deutschland natürlich eng an seiner Seite. Allerdings habe ich, um ehrlich zu sein, keine großen Illusionen. Doch es gibt kaum Alternativen zu neuen diplomatischen Anstrengungen.

Eine politische Lösung kann es offensichtlich nur mit den engsten Verbündeten Syriens, Russland und Iran, geben. Welche Druckmittel haben die Europäer in der Hand, sie überhaupt an den Verhandlungstisch zu bringen?

Alle unmittelbar an diesem Konflikt Beteiligten haben ein Interesse daran, in der internationalen Gemeinschaft akzeptiert zu werden. Der Iran möchte, dass wir für die weitere Existenz des Atomabkommens ein-

»Müssen bereit sein«

JOHANN WADEPHUL Deutschland sollte sich darauf einstellen, auch militärisch in Syrien einzugreifen, meint der Unionsfraktionsvize



© johann-wadephul.de

Die Bundesregierung ist offen auch für Verhandlungen unter Beteiligung von Syriens Diktator Baschar al-Assad. Kann jemand, der mutmaßlich Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung einsetzt, Teil der Lösung sein?

Assad ist faktisch im Amt und das Regime ist Teil der Genfer Friedensgespräche unter Leitung von Staffan de Mistura, dem Syrien-Sonderbeauftragten der UN. Natürlich darf er für den Chemiewaffeneinsatz nicht mit internationaler Beachtung belohnt werden. Das Ergebnis der Verhandlungen

darf nicht sein, dass er am Ende weiter schalten und walten kann, wie er will.

Welche Rolle kann Deutschland dabei spielen, neues Vertrauen zwischen Russland und dem Westen aufzubauen?

Uns kommt hier eine wichtige Scharnierfunktion zu. Deutschland hat zu Russland traditionell gute Drähte und wir waren immer bemüht, diese aufrechtzuerhalten. Jetzt setzen wir uns in der EU entgegen der Skepsis so mancher Mitgliedstaaten dafür ein, die letzten Dialogfenster nicht zu verlieren, sondern zu nutzen. Wir sind hier gerade in einem schwierigen Überzeugungsprozess, das aber nicht ohne Erfolg.

Syrien ist erst 2013 der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) beigetreten, deren Experten den mutmaßlichen Giftgasangriff in Duma untersuchen sollen. Was nützen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträge, wenn selbst die Unterzeichner sich offenkundig nicht an die Regeln halten?

Regeln sind nicht per se schlecht, weil es Einzelne gibt, die sie verletzen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie respektiert und im Falle einer Verletzung sanktioniert werden. Das haben wir mit Russland so gehalten nach der Annexion der Krim und das hat die internationale Gemeinschaft getan, als sie vertreten durch drei handelnde Nationen die Luftschläge in Syrien verübt hat. Der Giftgasangriff muss noch weitere Konsequenzen haben: Assad muss sich für seine Taten persönlich verantworten und sollte vor einem internationalen Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

Deutschland tritt nicht nur mit Blick auf Chemiewaffen international für Abrüstung und Rüstungskontrolle ein. Wie glaubwürdig ist das angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung die deutschen Militärausgaben in den kommenden Jahren deutlich steigern will?

Die westliche Welt hat die Frage der Abrüstung immer dialektisch verstanden. Auf der einen Seite muss es Abschreckung geben. Ohne eigene militärische Stärke keine Sicherheit. Auf der anderen Seite ist das immer mit dem Angebot verbunden gewesen, gemeinsam mit anderen Nationen zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen. So verstehen wir auch das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Es geht darum, Defizite zu beseitigen, gleichzeitig aber auch neue Sicherheitsstrukturen – etwa mit den Russen – zu schaffen. Dann werden sich bessere Möglichkeiten für Rüstungskontrolle und Abrüstung ergeben.

Das klang vor ein paar Jahren aber noch anders.

Wir haben die Situation nach dem Zerfall des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges unterschätzt. Die Annexion der Krim war ein Fanal, das uns an eines erinnert hat: Es gibt in der internationalen Politik keine Machtvakuen. Räume werden immer wieder mit politischen und militärischen Ansprüchen gefüllt. Darauf haben wir etwas zu spät reagiert und das müssen wir jetzt nachholen.

Das Gespräch führten Alexander Heinrich und Johanna Metz

Johann Wadephul (CDU) sitzt seit Oktober 2009 im Bundestag und ist als stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion zuständig für Vertriebung und Auswärtiges.



DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos

Stephan Roters

Abonnement

Jahresabonnement 25,80 € für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Alle Preise inkl. 7% MwSt.

Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.

Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Redaktionsschluss

20. April 2018

Druck und Layout

Frankfurt Societäts-Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

64546 Mönchberg-Wallendorf

Anzeigenverkauf,

Anzeigenverwaltung,

Disposition

FAZIT Communication GmbH

c/o Intime Media Services GmbH

Postfach 1363

82034 Daisenholz

Telefon (089) 8 58 53-832

Telefax (089) 8 58 53-6282

E-Mail:

fazit-com@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Berlin)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon (030) 227-30515

Telefax (030) 227-36524

Internet:

<http://www.das-parlament.de>

E-Mail:

redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur

Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure

Claudia Heine (ch)

Alexander Heinrich (ah), stellv. CdV

Claus Peter Kosfeld (pk)

Hans Krump (kru), CdV

Hans-Jürgen Leersch (hle)

Johanna Metz (jom)

Kristina Pezzel (pez)

Sören Christian Reimer (scr)

Helmut Stoltzenberg (sto)

Alexander Weinlein (aw)

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Abrüsterin: Katja Keul

Die Besorgnis teile ich in der Tat, die Lageanalyse ist weitgehend richtig.“ So bewertet die Grünen-Verteidigungsfachfrau Katja Keul den jüngsten Abrüstungsbericht der Bundesregierung, in dem die Sorge über die weltweite Aufrüstung und die zunehmenden Verletzungen von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen zum Ausdruck kommt. Allerdings, so Keul: „Die Schlussfolgerungen teile ich gar nicht.“

Die 48-jährige Parlamentarierin aus Markenlohe im niedersächsischen Landkreis Nienburg/Weser findet vielmehr „traurig, was wir in den letzten acht Jahren für einen Wandel erleben haben“. Sie erinnert daran, „dass wir 2010 noch fraktionsübergreifend einstimmig den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland gefordert haben“. Jetzt sei davon im Abrüstungsbericht „keine Rede mehr“. Offenkundig habe die Große Koalition diese Forderung aufgegeben. Bei Nachfragen höre sie, die Lage habe sich nun mal geändert. „Ich sage: Gerade weil sich die Lage geändert hat, brauchen wir mehr Abrüstung und nicht weniger.“

Keul klagt, dass die „Bundesregierung den Atomwaffenverbotsantrag, der in der UNO von 122 Nationen beschlossen wurde, nicht nur abgelehnt hat, sondern ihn auch ignoriert und boykottiert“. Die Begründung laute, er sei eine Gefahr für die Abrüstung“. Ihr Kommentar: „Das halte ich für abwegig.“ Mit ihrer Sicht der Friedenspolitik fliehe sie keineswegs aus der Wirklichkeit, sagt Keul: „Um zu gucken, was man durchsetzen kann, muss man es erst einmal versuchen.“ Und da sehe sie „eine Trendwende in die falsche Richtung“.

Noch 2016 habe Frank-Walter Steinmeier (SPD) als Außenminister neue Abrüstungsinitiativen und vertrauensbildende Maßnahmen angemahnt: „Das fehlt mir im Abrüstungsbericht“, kritisiert sie. Die Bundesregierung verstecke sich, wenn sie geltend mache, sie handle im Rahmen bestehender Verträge. „Wenn sie sieht, dass die Verträge erodieren, muss sie auch mal selber den politischen Willen zeigen, dass sie wieder eigene Gesprächskanäle nutzen will.“ Dies gelte, obwohl die Bundesregierung natürlich „nicht allein die Macht habe den Syrien-Krieg zu beenden“. Unbestritten sei: „Es gibt eben keine militärische Lösung, sondern nur eine politische.“ Schließlich gebe es ja schon „den maximalen Einsatz



»Gerade weil sich die Lage geändert hat, brauchen wir mehr Abrüstung und nicht weniger.«

von Waffen“, flögen „viele Nationen im Luftraum über Syrien“. Das habe „den Frieden nicht ein bisschen näher gebracht“. Allenfalls gehe es um „Symbolkraft“. Nämlich: „Dass man die eigene Hilflosigkeit überspielt, indem man sagt: Wir tun was.“ Keul macht sich nichts vor: Die nötige politische Lösung werde nicht „rundum schön“ ausfallen. Sie sei „leider nur mit schwierigen bis unangenehmen Gesprächspartnern zu bewirken“. Denn: „Frieden schließt

man nicht mit seinen Freunden, sondern mit der anderen Seite.“ Es werden „keinen Frieden geben ohne Russland und wahrscheinlich zudem den syrischen Präsidenten Assad“. Auch im neuen Grünen-Programm „werden die Kermforderungen aus dem Bereich Rüstungskontrolle fest verankert sein“, ist Keul überzeugt: „Das sind die Forderungen, die ich entwickelt habe als Eckpunkte für ein Rüstungskontrollgesetz.“ Zenitaler Punkt: „Dass Rüstungsexporte in Drittstaaten die Ausnahme werden und nicht die Regel bleiben, wie es